

„Die Aussicht auf Pflicht“

Geplante Massentests und -impfungen werden nicht von allen Lesern gleich aufgenommen. Von den einen befürwortet, rufen sie bei anderen Bedenken hervor, wie viel Entscheidungsfreiheit der Bevölkerung wirklich bleibt.

„Quarantäne zu Weihnachten?“, 26. 11.

Im November bestellt das Bundesministerium für Landesverteidigung im Namen der Republik vier Millionen Sars-CoV-2-Antigentests im Auftragswert von mehr als 31 Millionen Euro! Davor kündigt Kanzler Kurz Massentests an, die selbst Anshober überraschen. Über 31 Millionen Euro werden also für Tests ausgegeben, die ungenau sind und bei positivem Testausgang mittels ebenfalls ungenauer, millionenteurer PCR-Tests überprüft werden sollen! Millionen, die im Gesundheitsbereich besser eingesetzt wären. Hier gab es in den letzten Jahren leider enorme Einsparungen.

Und jetzt kommt Herr Kurz und kündigt in den kommenden Wochen Massentests an und stellt für Jänner einige 100.000 Impfdosen in Aussicht. Zitat Kurz: „Zunächst wollen wir die Risikogruppen und medizinisches Personal sowie Mitarbeiter in Pflegeheimen impfen und dann in die breite Masse gehen.“ Allein die Formulierung „wollen wir“ treibt mir die Galle hoch. Kein Wort der Freiwilligkeit etc. mehr, sondern die Aussicht auf Pflicht!

Othmar Altmann, Villach

Keine Strafmaßnahme

Nun versucht man, mit Massentestungen Menschen herauszufiltern, die anstecken, ohne Symptome zu haben, mit den Lehrern will man beginnen. Unser Herr Landeshauptmann pocht hier auf Freiwilligkeit (der Hausverstand hat sich in den letzten Monaten allerdings schon verabschiedet) und kritisiert die mögliche FFP2-Maskenpflicht für jene Lehrer, die sich nicht testen lassen. Das heißt, man muss sich nicht testen lassen und soll auf keinen Fall die Maske im Unterricht tragen müssen. Was wird die Folge sein? Diese Haltung kann ich im Hinblick auf eine Pandemie nicht verstehen und schon gar nicht mittragen!

Ich unterrichte an einer Schule mit 400 Kindern und 50 Kollegen. Ich werde mich testen lassen und natürlich bereits am nächsten Tag mit einer FFP2-Maske unterrichten. Das bin ich meinen Schülern und ihren Familien sowie meinen Kollegen schuldig und das erwarte ich ganz selbstverständlich auch von meinen Kollegen! Die Maske im Unterricht zu tragen, ist keine Strafmaßnahme, sondern folgerichtiges, verantwortliches und solidarisches Handeln. **Karin Burgstaller, Villach**

Ansteckung riskieren?

Die Klubobfrau der FPÖ, Frau Belakowitsch, macht einen öffentlichen Aufruf, dem Corona-Massentest eine Abfuhr zu erteilen, denn es könnte ja sein, dass man positiv getestet wird und dann in Quarantäne müsse, damit könne man an der Familienfeier zu Weihnachten nicht teilnehmen. Ist es besser, nicht zu testen und fröhlich mit der Familie Weihnachten zu feiern und damit womöglich die ganze Familie, Eltern, Kinder, Großeltern, mit Corona anzustecken?

Was sich manche Politiker und Parteien einfallen lassen, nur um etwas Aufmerksamkeit zu erlangen! Die bekommt jetzt halt die momentane Regierung, in vorderster Front Sebastian Kurz, Rudolf Anshober, Karl Nehammer & Co., die das ganz gut machen, weil auch die Österreicher dabei sind. Die werden das auch machen, trotz Aufruf der Frau Belakowitsch samt der FPÖ-Riege.

Josef Monay, Karnburg

Wie geht es weiter?

Kurz sagt, Kurz bestimmt, Kurz fährt drüber. Wie kann es weitergehen? Ein Blick nach Ungarn lohnt sich.

Oswald Gandler, Seeboden

Nicht hilfreich

„Offene Türen nur noch für Geimpfte?“, 27. 11.

Solche Ankündigungen sind entbehrlich und nicht hilfreich. Die Politik wünscht sich eine Durchimpfungsrate von 50 Prozent, wenn es 25 Prozent werden, ist es eh schon ein Erfolg. Die Wirtschaft vor Ort liegt am Boden, der Handel ist ratlos, Gastronomie und Tourismus sind fertig.

Die werden sich für solche Geistesblitze bedanken, denn sie werden kaum auf den Großteil der Kunden/Gäste verzichten können. Viele der Kunden haben schon längst auf Onlineshopping bei Versandriesen umgestellt. Der harte Rest wird folgen, da hilft auch das „gute Gewissen“ von shöpping.at nichts. **Christian Rebernik**, Klagenfurt

Indirekter Zwang

Grundsätzlich soll jeder sich impfen lassen, das steht jedem Österreicher laut Regierung ja frei! Könnte man jedoch nur mehr zum Friseur oder reisen, einkaufen, wenn man einen Impfpass vorweisen kann, wäre man ja wieder gezwungen, sich impfen zu lassen. Wo ist unsere Freiheit denn gelandet?

Günther Gerl, Kötschach

Erlösendes Mittel

Leitartikel „Suizid auf Lieferschein“, 25. 11.

Wo, wer und was ist Gott? Wie wunderbar und schön wäre es, gäbe es ihn. Keine Kriege, keine Seuchen, keine Leiden, keine Verbrechen, keine Unfälle usw. Oder ist er aber dafür leider nicht zuständig? Als meine Mutter nach mehreren Schlaganfällen jahrelang gefüttert, gewaschen werden musste, nicht mehr alleine auf die Toilette gehen konnte, wund gelegen war, nur noch schlecht sehen konnte, hat sie bei jedem Besuch darum gebettelt, ihr etwas zu geben, dass sie nicht mehr aufwachen muss. Da fragt man sich schon, wozu und warum die Verlängerung aller Demütigungen und Qualen notwendig sein soll. Wenn es der Mensch in dieser Situation ohne Aussicht auf Besserung so will, dann soll man ihm das erlösende Mittel verabreichen dürfen. Weder die Kirche noch sonst irgendwer hat das zu bestimmen. **Gerhard Sange**, Feldkirchen

Reformbedarf

„Stark gegen Gewalt“, 25. 11.

Die gelobte Kärntnerin des Tages Alessandra Beyer erklärt, dass hinter Gewaltopfern (Frauen, auch Männer) immer eine ganz persönliche Geschichte steht. Das heißt aber auch, dass sie als sogenannte helfende Person im Gewaltschutzzentrum genau zu erheben hat – dies soll überdies auch für die Frauennotschlafstelle der Volkshilfe Kärnten gelten –, welche nachvollziehbaren Gründe es gibt, dass eine Frau diese Organisation aufsucht. Wenn keine körperliche Gewalt behauptet wird, den Hebel einfach auf psychische Gewalt umzulegen, ist fatal. Noch dazu Klagen bei Gericht einzureichen unter dem Begriff der „Herzlosigkeit“, ist keine Hilfe und Unterstützung.

Einseitig glauben ist zu wenig, der Partner wird nicht informiert und schon gar nicht gehört. Dringender Reformbedarf!

Mag. iur. Reinhold Begusch,
Ebenthal

Klar statt querdenken

Na klar, „Querdenken“ ist mehr als legitim, entsprechend unserer Verfassung. „Querdenken“ jedoch, verbunden mit der Verbreitung abstruser Verschwörungserzählungen, ist nicht nur gefährlich, sondern in seiner fast schon martialisch rechtsradikal anmutenden Präsenz auf so vielen Demos in Österreich, aber auch vor allem in Deutschland, nicht einmal wohlwollend kritisch zu betrachten, sondern schlicht in seiner den Staat infrage stellenden Pseudophilosophie abzulehnen.

Wie kann es nun sein, dass „Quer- und Andersdenkende“ innerhalb weniger Monate zu radikalen „Staatsverweigerern“ mutiert sind? Für viele von ihnen ist offensichtlich der schleichende Übergang von der Macht der Legislative zur Bestimmung durch die Exekutive zu schnell und vielfach lautlos erfolgt,

womit sie nicht ganz unrecht haben. Die Infektionsschutzgesetzweiterungen wurden regierungsseitig mehrheitlich und einstimmig beschlossen und in den Parlamenten seitens der Koalition mehr oder weniger „durchgewinkt. Ein im Nachhinein betrachtet nicht unwesentlicher Beweggrund, der die „Querdenker“ auf den Plan gerufen hat.

Nichtsdestoweniger ist der Staat mehr denn je gefordert, sich um noch mehr Transparenz zu bemühen, ansonsten läuft er Gefahr, nicht nur die sozial Schwachen in der Gesellschaft abzuhängen, sondern auch die wachsende Zahl derjenigen, die sich auch gewaltbereit den klaren Verfügungen zu widersetzen versuchen. Für alle gilt: Klar denken, klar argumentieren, die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit mitnehmen, sonst droht das Gefüge des Rechtsstaats aus dem Ruder zu laufen.

Dipl. Volkswirt Alfons Küsters, Krumpendorf